



Presseschau vom 09.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Unter IOC-Druck? CAS weist Klagen von 47 Russen ab

Die Ad-Hoc-Kammer des Internationalen Sportschiedsgerichts (CAS) hat laut einer offiziellen Erklärung die Klagen von 32 Sportlern gegen ihren Ausschluss von der Teilnahme an den Olympischen Spielen im südkoreanischen Pyeongchang sowie von 13 Athleten und Trainern, die zuvor vom IOC lebenslang gesperrt worden waren, abgewiesen.

Die beim CAS am 6. Februar eingereichten Klagen von 32 russischen Athleten sowie die am 7. Februar eingereichten Klagen von weiteren 15 Sportlern und Trainern sind somit abgelehnt worden.

Laut der offiziellen Erklärung zeigten die Kläger (Sportler) nicht, dass die Methode, nach der zwei spezielle Kommissionen (das Invitation Review Panel und die Olympic Athlete from Russia Implementation Group) Entscheidungen getroffen haben, diskriminierend, willkürlich und unfair gewesen sei.

Zudem kam der CAS zum Schluss, dass es keine Beweise gebe, dass die IOC-Gruppen „Urteile unsachgemäß abgegeben“ hätten.

Der CAS berücksichtigte, dass „die IOC-Entscheidung über den Start des Prozesses von Einladungen für russische Athleten als Olympische Athleten aus Russland nicht als Sanktion beschrieben werden kann, das ist eine legitime Entscheidung“.

Betroffen sind folgende Sportler und Trainer: Victor Ahn, Vladimir Grigorev, Anton Shipulin, Evgeniy Garanichev, Ruslan Murashov, Ekaterina Shikhova, Sergei Ustyugov, Ksenia Stolbova, Ekaterina Urlova-Percht, Maksim Tcvetkov, Irina Uslugina, Yulia Shokshueva,

Daria Virolainen, Dmitri Popov, Roman Koshelev, Mikhail Naumenkov, Alexei Bereglasov, Valeri Nichushkin, Anton Belov, Sergei Plotnikov, Evgeniya Zakharova, Ruslan Zakharov, Anna Iurakova, Alexey Esin, Yulia Skokova, Elizaveta Kazelina, Sergey Gryaztsov, Ivan Bukin, Denis Arapetyan, Artem Kozlov, Gleb Retivikh, Alexey Volkov, Alexander Legkov, Maxim Vylegzhanin, Evgeniy Belov, Alexander Bessmertnykh, Evgenia Shapovalova, Natalia Matveeva, Aleksandr Tretiakov, Elena Nikitina, Maria Orlova, Olga Fatkulina, Alexander Rumyantsev, Artem Kuznetsov, Tatyana Ivanova, Albert Demchenko und Sergei Chudinov. „Das ist eine politische Entscheidung des Gerichts, die eindeutig unter Druck des IOC getroffen wurde. Zuvor war (der IOC-Chef Thomas) Bach mit Drohungen, den CAS zu reformieren, aufgetreten“, so der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Oberhaus), Wladimir Dschabarow, zu der jüngsten CAS-Entscheidung. Er rief zu einem Rücktritt von Bach auf: „Bach soll zurücktreten. Die IOC-Entscheidungen unter seiner Leitung werden auch unter Druck getroffen, unter starkem politischem Druck; und falls er diesem nicht widerstehen kann, hat er als Chef der Organisation dort nichts zu suchen.“

Dschabarow sagte ferner: „Bach wird in die Geschichte für immer als Funktionär eingehen, dessen Handlungen zu einer Spaltung der olympischen Bewegung geführt haben. Diese Handlungen geben ihm kaum Autorität ...“

„Das, was das IOC mit unseren Sportlern gemacht hat, ist vom Anfang bis zum Ende präzedenzlos. Das ist eine Schande. Ich weiß nicht, wie sich das IOC einmal rechtfertigen kann“, sagte er weiter. Der Politiker betonte, dass Russland weiter für die Reformierung des IOC plädieren werde.

Russlands Sportminister Pawel Kolobkow äußerte sich ebenfalls dazu: „Die Sportler und wir alle halten die Entscheidung natürlich für ungerecht. Sie dürfen ohne triftigen Grund nicht an den Olympischen Spielen in Pyeongchang teilnehmen. Derzeit prüfen sie mit ihren Anwälten unterschiedliche Varianten des Vorgehens im Rahmen des Rechtsfeldes.“

Er betonte dabei, dass es verständlich sei, dass der CAS die IOC-Argumente akzeptiert und somit anerkannt hätte, „dass sie absolute Handlungsfreiheit bei den Entscheidungen haben – zu den Olympischen Spielen einzuladen oder nicht einzuladen“.

Vormittags:

[ukrinform.ua: Subko: Erfahrung Österreichs ist nützlich für regionale Entwicklung und Dezentralisierung in der Ukraine](#)

Die österreichische Erfahrung und die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern eröffne neue Möglichkeiten für die regionale Entwicklung und Umsetzung der Dezentralisierung in der Ukraine, betonte Hennadij Subko, Vize-Premierminister und Minister für regionale Entwicklung, Bau- und Wohnungs- und Kommunalwirtschaft der Ukraine, in seinem Kommentar auf Facebook über das Treffen des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, mit dem Bundeskanzler Österreichs Sebastian Kurz in Wien.

„Die Vertiefung der ukrainisch-österreichischen Zusammenarbeit eröffnet neue Möglichkeiten für die regionale Entwicklung und Umsetzung der Dezentralisierung in der Ukraine. Für uns ist interessant die Erfahrung Österreichs bei der Bestimmung und Entwicklung der Schwerpunktbereiche der Wirtschaft für jedes Bundesland und die Verbesserung des wettbewerbsfähigen Potentials der Bundesländer. Die Einführung solcher österreichischer Ansätze in der Ukraine ermöglicht, den Index der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu erhöhen“, stellte Subko fest.

Ukrinform.ua: Poroschenko und Sobotka erörtern Stärkung interparlamentarischen Dialogs
Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko und der Präsident des österreichischen Nationalrates, Wolfgang Sobotka, hoben beim gestrigen Treffen die Wichtigkeit der Stärkung des interparlamentarischen Dialogs zwischen den Ländern hervor, ließ Poroschenkos Pressedienst berichten.

„Petro Poroschenko äußerte die Hoffnung auf eine schnelle Bildung der Freundschaftsgruppe mit der Ukraine im österreichischen Nationalrat. Wolfgang Sobotka wies auf die Reformen hin, die ukrainische Behörden durchführen“, stellte die Pressestelle fest.

Poroschenko informierte Sobotka auch über die Situation im Donbass und würdigte die Solidarität Österreichs bei der Unterstützung der ukrainischen Bemühungen bei der Abwehr der russischen Aggression. Er dankte auch für die Hilfe bei der Überwindung der humanitären Folgen dieser Aggression.

Die beiden Politiker einigten sich ferner auf die Wichtigkeit von Sanktionen gegen Russland. Der ukrainische Präsident lud Sobotka in die Ukraine ein.

de.sputniknews.com: „Ball während der Pest“: Netzwelt spottet über Poroschenkos Teilnahme am Wiener Ball

Die Teilnahme des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko am Wiener Ball hat im Internet für Aufregung gesorgt.

Poroschenko wohnte dem Wiener Ball im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in der österreichischen Hauptstadt bei. Ein Foto Poroschenkos mit seiner Ehefrau Marina auf dem Ball veröffentlichte die ukrainische Journalistin Alyona Iakhno auf Facebook.

„Ein Ball während der Pest“, schrieb ein Internetuser auf Facebook.

„Und das hat uns 800.000 Griwna (umgerechnet zirka 24.000 Euro) gekostet?“, empört sich ein weiterer Nutzer.

„Im Land herrschen Krieg und Zerrüttung. Er aber tanzt entweder auf den Malediven oder auf dem Ball“, so ein anderer User.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass Poroschenkos Teilnahme am Wiener Opernball den ukrainischen Haushalt 800.000 Griwna kosten werde.

Indes soll sich eine Aktivistin der Protestbewegung Femen mitten in Wien oben entblößt haben, zu Poroschenko gekommen sein und ihn einen „primitiven Hehler und Kleptokraten“ genannt haben.

Wie aus einer Mitteilung auf der Femen-Webseite hervorgeht, entblößte die Frau ihre Brust, auf der mit schwarzer Farbe geschriebene obszöne Aufschriften in Englisch Poroschenko dazu aufgefordert haben sollen, den Ball zu verlassen.

Das Ziel dieser Aktion sei es gewesen, die feine Gesellschaft zu benachrichtigen, dass die Präsenz des ukrainischen Präsidenten bei dieser aristokratischen Veranstaltung unzulässig sei. Der Wiener Ball fand am 8. Februar in der Wiener Staatsoper statt.



[https://scontent-frt3-](https://scontent-frt3-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/27858576_1722452177807358_3175666244021553578_n.jpg?oh=8ecd6f8d1f951cbfe41a72b5edeae4e&oe=5B157B00)

[1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/27858576_1722452177807358_3175666244021553578_n.jpg?oh=8ecd6f8d1f951cbfe41a72b5edeae4e&oe=5B157B00](https://scontent-frt3-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/27858576_1722452177807358_3175666244021553578_n.jpg?oh=8ecd6f8d1f951cbfe41a72b5edeae4e&oe=5B157B00)

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **11 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Beschuss russischer Handelsvertretung: Washington und London lehnen Stellungnahme ab

Die USA und Großbritannien haben laut Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja im UN-Sicherheitsrat das Projekt einer Erklärung zur Verurteilung des Granatwerferbeschusses der

russischen Handelsvertretung in Damaskus blockiert.

„Die USA und Großbritannien haben es erneut nicht gewollt, dass der Sicherheitsrat eine Erklärung im Zusammenhang mit dem jüngsten Terroranschlag in Damaskus verabschiedet. Unsere Handelsvertretung ist beschädigt worden. Einen Tag zuvor war in der Altstadt von Damaskus eine Vergabestelle, in der Hilfsgüter verteilt werden, die Geistliche christlicher und muslimischer Gemeinden aus Russland nach Syrien gebracht hatten, aus Granatwerfern beschossen worden“, erzählte Nebensja der Presse.

„Wir hatten den Mitgliedern des Sicherheitsrates den Text einer Presseerklärung vorgeschlagen, doch die Amerikaner und die Engländer sagten, dass sie nicht bereit wären, ihn zu verabschieden. Derartiges passiert ständig. Die USA und Großbritannien weigern sich unentwegt, derartige Handlungen als Akte des Terrorismus zu betrachten, wobei sie sich auf unzureichende Angaben berufen“, schloss der Diplomat.

Das russische Außenministerium hatte zuvor mitgeteilt, dass am Dienstag gegen 16 Uhr Ortszeit das Gebäude der Handelsvertretung Russlands in Damaskus (gegenwärtig ist es konserviert, genießt aber weiterhin diplomatische Immunität) unter Granatwerferbeschuss genommen und von einem 120-mm-Geschoss getroffen worden sei. Tote und Verletzte habe es nicht gegeben, dem Gebäude sei jedoch ein wesentlicher materieller Schaden zugefügt worden.

Am Montag hatten Terroristen eine russische Vergabestelle für die Verteilung von Hilfsgütern in der Altstadt von Damaskus unter Granatwerferbeschuss genommen. Zwei Menschen kamen dabei ums Leben. Mehrere Minen trafen zudem das Wohnviertel Bab-Tuma. Eine Frau fand dabei den Tod, drei Menschen erlitten Verletzungen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Oserjanowka, Werchnetorezkoje, Donezk (Trudowskije), der Flughafen (Volvo-Zentrum, Shabitschewo), Jasinowataja, Dokutschajewsk, Kominternowo.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 197.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 376.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Litauischer Premier überrascht mit Äußerung zu Russland
Litauens Premierminister Saulius Skvernelis hat in einem Interview mit dem nationalen Rundfunk und Fernsehen (LRT) die Erklärungen litauischer Propagandisten in Bezug auf Russland kritisiert, wie Sputnik Lietuva berichtet.

Skvernelis berief sich in diesem Interview auf die jüngste Umfrage des Unternehmens RAIT, laut der sich mehr als die Hälfte der Litauer für die Wiederherstellung der politischen Beziehungen zu Russland ausgesprochen haben. Der litauische Regierungschef verglich die von Vilnius betriebene russlandfeindliche Propaganda mit der russischen.

„Die Erklärungen unserer Propagandisten unterscheiden sich in nichts von der Propaganda der anderen Seite. Die Ergebnisse der heutigen Umfrage haben gezeigt, wie viele Menschen dem

zustimmen, dass wir gewisse Kontakte brauchen (nicht in der Freundschaft oder in freundschaftlichen Beziehungen). Ich vermute, es sind 52 Prozent. Was ist das – erneut eine ‚nicht richtige‘ Umfrage, eine ‚diskreditierende‘ Umfrage? Oder vielleicht lohnt es sich trotzdem, der Meinung der Menschen Gehör zu schenken?“, so der Premierminister. Skvernelis rief auch dazu auf, Andersdenkende nicht als „Kreml-Agenten“ zu bezeichnen. „Es darf nicht sein, dass, wenn ein Mensch einen anderen Standpunkt äußert, der keinem gefällt, er sofort mit Beschuldigungen wie ‚Kreml-Agent‘ und so weiter —überhäuft wird“, klagte der Politiker.

Saulius Skvernelis hatte zuvor die Meinung geäußert, dass Russland und Litauen die im Jahr 2014 unterbrochenen Kontakte wiederaufnehmen sollten. Diese Idee des Politikers hatte die Präsidentin des Landes, Dalia Grybauskaitė, kritisiert. Sie bezeichnete diesen Vorschlag als „unzweckmäßig und verantwortungslos“.

Lug-info.com: Die Steuereinnahmen in den Haushalt der Republik sind im Januar 2018 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,3% gestiegen. Dies teilte das staatliche Komitee für Steuern und Abgaben der LVR mit.

de.sputniknews.com: Was stand auf der Agenda? Kreml enthüllt Details von Putin-Macron-Telefongespräch

Russlands Präsident Wladimir Putin hat ein Telefongespräch mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron geführt. Der Kreml-Pressedienst nannte die Schlüsselthemen des Telefonats.

„Ein Telefongespräch hat zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem französischen Staatschef Emmanuel Macron stattgefunden ... Die Perspektiven einer politischen Regelung der Syrien-Krise wurden eingehend behandelt. Zudem wurde das Interesse an der Förderung von inklusiven intersyrischen Verhandlungen in Genf aufgrund der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates unter Beachtung der Ergebnisse des am 30. Januar in Sotschi durchgeführten Syrien-Friedenskongresses berücksichtigt“, heißt in der offiziellen Mitteilung.

Im Großen und Ganzen sei auf die Wichtigkeit einer stärkeren russisch-französischen Koordination zu Schlüsselaspekten des syrischen Dossiers verwiesen worden.

Darüber hinaus erörterten die beiden Staatschefs die Situation in der Ukraine mit Fokus auf die Notwendigkeit der vollständigen Umsetzung des „Minsker Maßnahmenkomplexes“ als Grundlage für eine friedliche Lösung des internen ukrainischen Konflikts. Zudem sei eine Vereinbarung erzielt worden, die bilateralen Kontakte auf Ebene unterschiedlicher Behörden weiterhin zu pflegen.

Außerdem besprachen die Staatschefs Russlands und Frankreichs aktuelle Fragen ihrer bilateralen Beziehungen, darunter die Vorbereitung auf die Russland-Reise des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Mai sowie auf seine Teilnahme am Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum. Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinen französischen Amtskollegen über sein jüngstes Treffen mit Vertretern des französischen Business informiert. Zudem soll die immer aktivere Tätigkeit des russisch-französischen Forums der Bürgergesellschaften „Trianon-Dialog“ positiv eingeschätzt worden sein, in dessen Rahmen eine „digitale Plattform“ ins Leben gerufen worden sei.

Dan-news.info: „Bis heute wurden von der Abteilung zur Untersuchung von Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit der Menschheit des Ermittlungsdezernats der Generalstaatsanwaltschaft der DVR 34 Strafverfahren wegen Misshandlung von Kriegsgefangenen und Zivilisten aufgenommen“, teilte der Leiter des Ermittlungsdezernats der Generalstaatsanwaltschaft Roman Belous mit.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde während der Gespräche mit ehemaligen Gefangenen eine unmittelbare Beteiligung von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine, des Innenministeriums und des Grenzschutzdienstes der Ukraine sowie ukrainischen Soldaten an Folter und Misshandlung festgehaltener Personen aufgedeckt. Nach den Worten Belous hat die ukrainische Seite gegenüber einigen Personen auch Methoden psychischen Drucks in Form von Androhung physischer und sexueller Gewalt gegenüber engen Verwandten der Gefangenen ausgeübt. Die Arbeit in diesem Gebiet geht weiter, entsprechend kann die Zahl der Strafverfahren zunehmen.

Nachmittags:

Dan-news.info: „Die gesamte Konstruktivität des Minsker Prozesses besteht nur darin, dass diese Vereinbarungen existieren. Derzeit sehe ich ausgehend von den letzten Treffen in Minsk keinerlei konstruktive Positionen der Ukraine. Und ich sehe auch keine Voraussetzungen dafür, dass sich ihre Position ändert“, sagte der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR gegenüber Journalisten.

Dan-news.info: „Die ukrainische Seite hat uns vor einigen Tagen Vorschläge zur Durchführung eines weiteren Gefangenen austauschs geschickt. Aber leider ist das nicht der Austausch „alle festgestellten gegen alle festgestellten“. Die Zahl der Menschen ist zu klein, deshalb hat uns die Zahl nicht zufriedengestellt“, sagte die Bevollmächtigte für Menschen in der DVR Darja Morosowa.

Sie unterstrich, dass alle von der ukrainischen Seite vorgeschlagenen Personen ein weiteres Mal in Kategorien eingeteilt wurden. Unter anderem wurden der Republik Personen vorgeschlagen, die nach besonders schwerwiegenden Paragraphen verurteilt wurden und Personen, die keinerlei Bezug zur „ATO“ haben“.

„In zahlreichen Erklärungen der ukrainischen Seite können Personen, die in der Ukraine nach besonders schwerwiegenden Paragraphen verurteilt wurden, nicht ausgetauscht werden. Aber der letzte Vorschlag zeugt nur davon, dass wir ihn bei gegenseitigem Willen in kürzester Zeit durchführen können“, sagte Morosowa.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa

In der Ukraine ist es normale Praxis, Zivilisten festzunehmen, was von absoluter Willkür der Vertreter der ukrainischen militärischen Strukturen zeugt.

Ursache der Festnahme kann eine Denunziation, ein Post in einem sozialen Netzwerk, jegliche Nichtzustimmung zu Handlungen der ukrainischen Regierung sowie Reisen von Bürgern der DVR auf das zeitweise von der ukrainischen Regierung kontrollierte Territorium sein. Die Fälle von Festnahmen von Rentnern, die die Abgrenzungslinie überschreiten, um Renten oder Sozialzahlungen zu erhalten, nimmt zu.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine nimmt Zivilisten ohne Gerichtsentscheidung fest, sie verweigert ihnen das Recht, sich mit Verwandten in Verbindung zu setzen. Oft weiß niemand etwas über die Festnahme oder den Haftort.

Die Abteilung des Hohen UN-Kommissars für Menschenrecht dokumentiert weiter Fälle, in denen Menschen ungesetzlich oder willkürlich ihrer Freiheit beraubt werden oder ungesetzlichen Handlungen unterzogen werden.

In der Folge des Ende des Jahres erfolgten Gefangenenaustausch können 160 ehemaligen Häftlinge ukrainischer Gefängnisse Zeugen für Verletzungen der Grundrechte des Menschen und Verletzungen des internationalen Rechts werden.

Entgegen den Normen internationaler Konventionen zum Umgang mit Kriegsgefangenen misshandeln die ukrainischen militärischen Strukturen weiter gefangene Anhänger der Republik.

So wurde zum Beispiel Leonid Belikow vom Bataillon „Lwow-1“ gefangen genommen und befand sich einige Jahre im Untersuchungsgefängnis von Mariupol. Nach den Foltern hatte der junge Mann einige Kieferbrüche, Zähne waren herausgeschlagen, Rippen gebrochen, innere Organe waren geschädigt. Auch der Einwohner von Drushkowska Dmitrij Tajurskij wurde für seine politischen Ansichten im Gefängnis von Ternopol brutal geschlagen. Ursprünglich war er im Charkower Oblast bereits 2014 wegen Separatismus festgenommen worden, dann wurde der Mann freigelassen, aber bald wurde er wieder beschuldigt und in ein Gefängnis in der Westukraine geschickt, wo er aufgrund seiner politischen Ansichten geschlagen wurde.

de.sputniknews.com: USA rüsten Indien auf – China und Russland im Visier

Die USA geben offenbar Pakistan, ihren Langzeit-Verbündeten in Zentralasien, auf und wollen im Rüstungsbereich intensiver mit Indien kooperieren, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Bereits im Januar hatte US-Präsident Donald Trump verkündet, dass Islamabad etwa zwei Milliarden Dollar verwehrt bleiben, die für seine Sicherheitskräfte bestimmt waren. Einer der Gründe dafür ist, dass Pakistan angeblich Terroristen unterstützt, die US-Soldaten in Afghanistan angreifen.

Gleichzeitig baut Washington seine Lieferungen von Militärtechnik nach Indien aus. So darf Neu-Delhi in absehbarer Zeit mit einer Partie von Aufklärungsflugzeugen P-8 rechnen. Und auf politischer Ebene intensivieren die Amerikaner in letzter Zeit ihre Verhandlungen mit Indien, Japan und Australien zwecks Bildung einer vierseitigen Allianz, die der militärischen und wirtschaftlichen Expansion Chinas in Asien entgegenstehen würde.

Unter anderem traf US-Präsident Trump gleich zwei Mal mit dem indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi zusammen. Zunächst reiste Modi im Juni 2017 nach Washington. Im November vereinbarten die Staatschefs am Rande eines regionalen Forums in Manila eine Erweiterung der Partnerschaft im Verteidigungsbereich. Auch besprachen sie die Perspektiven für zusätzliche Öllieferungen aus den USA nach Indien.

Dass diese Vereinbarungen für die Inder nützlich sind, ist offensichtlich: Sie bekommen die Unterstützung einer Großmacht, die unter anderem die Sicherheit der Seewege gewährleisten kann (denn der Außenhandel Indiens erfolgt immerhin zu 70 Prozent über See).

Es ist angesichts dessen kein Wunder, dass Pakistan jetzt nach neuen strategischen Partnern sucht. Wie der Vizeleiter des russischen Instituts für Orientalistik, Wjatscheslaw Belokrenizki, sagte, möchte man in Islamabad engere Beziehungen mit Russland auf diesem Gebiet anknüpfen. Von der Intensivierung der gegenseitigen Kontakte zeugt auch der Umstand, dass in diesem Jahr eine gemeinsame Anti-Terror-Übung geplant ist. Außerdem möchte Pakistan mehrere Hubschrauber und auch andere Militärtechnik in Russland kaufen.

Das Problem sei aber, dass Russland wegen Pakistan nicht Indien als Partner verlieren wolle, so der Experte. Die Beziehungen zwischen Moskau und Neu-Delhi entwickeln sich weiter, doch große Fortschritte lassen sich nicht sehen. Aber auch für Pakistan sei Russland nur die zweite Wahl, und die Nummer eins sei China, stellte Belokrenizki fest.

Und die Volksrepublik wird natürlich auch nicht die für sie negative Entwicklung der regionalen Situation in Südostasien passiv beobachten. Peking hat bereits Pakistan, Bangladesch und Thailand seine U-Boote angeboten, die wesentlich billiger als europäische U-Boote sind. Auch investiert das Reich der Mitte weiterhin beträchtliche Mittel in die

pakistanische Wirtschaft. Seine Investitionen samt Krediten für Islamabad übertreffen inzwischen 100 Millionen Dollar.

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR
Eduard Basurin

In der letzten Woche wurde in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik die Ausbildung von Bataillonen, Abteilungen und einzelnen Kompanien fortgesetzt.

In den letzten 24 Stunden wurden elf Verletzungen der Regimes der Feueereinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Insgesamt hat der Gegner 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen. Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 95 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt und 423 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm, 629 Geschosse mit Schützenpanzern und sieben Panzergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **19 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden zwei Gebäude in Dokutschajewsk beschädigt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen:

5 122mm-Artilleriegeschützen;

15 10mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;

18 T-64-Panzer.

Ich lenke der Aufmerksamkeit der Führung der OSZE-Mission auf weitere Fälle von Verletzung der Minsker Vereinbarungen im Teil, der den Abzug von Waffen betrifft, durch die ukrainische Seite. Von unserer Aufklärung wurden Feuerpositionen und Gebiete mit verdeckter Stationierung von Waffen der ukrainischen Streitkräfte, die bei den täglichen Beschüsse des Territoriums der Republik verwendet werden, entdeckt.

Im Gebiet von Nowopokrowskoje (16 km von der Kontaktlinie) wurden zwei 122m-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ entdeckt.

Am Rand von Pawlopol (4 km von der Kontaktlinie) ist ein Kommandobeobachtungspunkt einer Haubitzenbatterie stationiert, der vollständig für die Kampfführung und die Koordination von Artilleriefeuer vorbereitet ist.

Im Gebiet von Opytnoje (2 km von der Kontaktlinie) wurden provisorische Feuerpositionen einer Mörserbatterie entdeckt, von denen aus ukrainische Soldaten regelmäßig Beschüsse durchführen.

Die ukrainischen Vertreter im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung verbreiten mit Hilfe von kontrollierten Massenmedien wieder Falschinformationen und versuchen die Spuren der Verbrechen, die täglich vom Kommando der sogenannten ATO begangen werden, zu verwischen. So hat die ukrainische Seite sich nach einem weiteren zielgerichteten Beschuss der Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks beeilt, sich zu rechtfertigen und versucht die Schuld auf die Streitkräfte der DVR abzuwälzen.

Ich merke an, dass das Außerbetriebsetzen von Objekten der zivilen Infrastruktur durch Artilleriebeschüsse sowie der Angriff und die Einschüchterung des zivilen Personals der Objekte in der Nähe der Abgrenzungslinie für die ukrainischen Kämpfer, die sich selbst zynisch „Verteidiger“ nennen, bereits eine gewöhnliche Sache sind.

Die Unterbrechung des Betriebs der Pumpstation, die ständig von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen wird, führt zu einer Einstellung der Lieferung von Wasser sowohl auf das Territorium der Republik als auch in Ortschaften, die von den ukrainischen Truppen besetzt sind. In der Folge dieser verbrecherischen Handlungen kann eine humanitäre

Katastrophe mehr als anderthalb Millionen friedliche Einwohner ereilen.

Im **Januar 2018** betrug die **Zahl der nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Armee 48**, darunter: 19 Selbstmorde, 14 Fälle von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe und von Verletzung von Sicherheitsmaßnahmen.

Nach **offiziellen Angaben** hingegen betrug die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste nur **22**.

Ich merke an, dass die Umstände des Todes der Soldaten vom Kommando gegenüber der Öffentlichkeit und den Verwandten der Toten verschwiegen und verheimlicht werden.

Bei den Kriegsverbrechern der ukrainischen Streitkräfte ist schon lange das Gefühl der Angst in Bezug auf die internationalen Organisationen abgestumpft. Die Straflosigkeit und das Fehlen von Ehre haben keine Grenzen. Gemäß den offiziellen Berichten der OSZE-Mission verlagern die Straftruppen offen am hellen Tag verbotene Waffen an die Kontaktlinie.

Wie wir zuvor erklärt haben, haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, um das Fehlen von verbotenen Waffen an den angegebenen Lagerorten zu verheimlichen, versucht eine Drohe der OSZE abzuschließen, mit deren Hilfe die Beobachter der Mission das Monitoring der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durchführen.

Ich wende mich ein weiteres Mal an die Vertreter der Mission, die Augen nicht vor den groben Verstößen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu verschließen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Auf dem Hintergrund der sich vertiefenden Krise im Land versucht die ukrainische Regierung ihre Bürger abzulenken und ihre Aufmerksamkeit auf angebliche „Erfolge“ an der Front umzulenken. Dazu verbreitet der mehrfach der Lüge überführte Pressedienst des Stabs der „ATO“ Informationen über die Rückkehr von Ortschaften der Republik unter seine Kontrolle. So haben ukrainische Propagandisten mitgeteilt, dass die Ortschaften Werchnetorezkoje, Gladosowo und Trawnewoje eingenommen wurden.

Ich will daran erinnern, dass Werchnetorezkoje in zwei Teile aufgeteilt ist, von denen einer sich seit Beginn der Aggression unter der Besetzung der ukrainischen Truppen befindet. Und die Ortschaften Gladosowo und Trawnewoje liegen in der „grauen Zone“, in der den Minsker Vereinbarungen entsprechend keine unserer Truppen waren. Die Einnahme dieser Ortschaften ist eine direkte Verletzung der Vereinbarungen, aber die ukrainische Seite weigert sich, diese Tatsache anzuerkennen.

Übrigens führte die gewaltsame Besetzung von Gladosowo und Trawnewoje für die ukrainischen Streitkräfte zu einem Imageverlust im Zusammenhang damit, dass sich mit der Ankunft der Straftruppen in den Ortschaften die humanitäre Situation erheblich verschlechtert hat. Und die weitere Anwesenheit in diesen Ortschaften führte für die ukrainischen Streitkräfte im Zusammenhang mit aufkommenden Konflikten zwischen ukrainischen Soldaten und georgischen Söldnern auf dem Hintergrund der Verteilung des Eigentums friedlicher Einwohner sowie unter dem Druck der weiteren militärischen Aktivität des Gegners, die sich in Beschüssen von nahegelegenen Ortschaften durch ukrainische Soldaten ausdrückte, außerdem zu massenhaften Verlusten unter ihrem Personal.

In der Republik werden ständig komplexe Maßnahmen zur Bekämpfung von Diversions- und Terroraktivitäten des Gegners durchgeführt. Und entlang der Kontaktlinie und in den Städten der Republik wurden spezielle schnelle Eingreifgruppen zur Bekämpfung ukrainischer Diversions- und Erkundungsgruppen gebildet, die sich in ständiger Kampfbereitschaft befinden.

Aber im Zusammenhang mit der größer werdenden Gefahr, dass das Kommando der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte terroristische Methoden der Kriegsführung verwendet, bitten wir die Einwohner der Republik wachsam zu sein und alle verdächtigen Personen und Gegenstände rechtzeitig zu melden. Dies wird Ihr Leben und das Leben Ihnen nahestehender Menschen retten.

Ukrinform.ua: Generalstabschef Muschenko: Mobilität der Truppen ist Schlüsselpriorität von Militärreform

Die Erhöhung der Mobilität der ukrainischen Armee ist eine Schlüsselpriorität der Militärreform und der Ausbildung.

Das erklärte der Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Muschenko bei einem Treffen mit Mitgliedern der Kiewer Assoziation von Militärattachés, meldet die Pressestelle des Verteidigungsministeriums. Es gehe um die Verlegung von Brigaden, Regimentern und Bataillonen in bedrohte Richtungen, unter Berücksichtigung der Aktivitäten des Gegners.

„Das wurde in den strategischen Militärübungen, die Verlegungen und Bewegungen über große Entfernungen vorsahen, trainiert“, sagte Muschenko.

Ihm zufolge wird bei solchen Manövern viel Aufmerksamkeit der Überwindung von Wasserhindernissen geschenkt.

„Wir wollen nicht die Wolga überqueren. Wir wollen über unser Territorium und über unser Land gehen. Wir haben keine Aufgaben außerhalb der ukrainischen Grenzen, ungeachtet von verschiedenen „Fake“-Dokumenten“, betonte er.

Der Generalstabschef bedankte sich bei den Partnerländern für die Hilfe. Militärattachés Kanadas, Deutschlands und der USA erhielten Danksagungen für die Unterstützung der Reformen der ukrainischen Armee und die fruchtbare militärische Zusammenarbeit 2017.

de.sputniknews.com: Mit allen Mitteln: Wie Ukraine Journalisten mundtot macht

Bei einer Razzia in Kiew haben ukrainische Sicherheitsbehörden am Donnerstag die Büros der Medienholding „Vesti Ukraine“ gestürmt und blockiert, schreibt das Portal „Wsgljad.Ru“ am Freitag.

Nach der fluchtartigen Ausreise des Chefredakteurs des Nachrichtenportals „Strana.ua“, Igor Guschwa, nach dem Mord an Oles Busina und Pawel Scheremet, nach der Auswanderung von etlichen Journalisten und Redakteuren, die in Opposition zu den Regierenden in Kiew standen, erinnert die Situation in der Ukraine Experten zufolge immer mehr an die schrecklichen Beispiele von autoritären Regimes in der Welt.

Am Donnerstag gegen acht Uhr morgens wurde das Büro der Kiewer Medienholding „Vesti Ukraine“ von Polizisten, Sicherheitsdiensten und Vertretern der Anti-Korruptions-Behörde (Nationale Agentur für Korruptionsprävention) blockiert. Die Razzia erfolgte im Rahmen eines Strafverfahrens gegen den ehemaligen Minister für Steuern und Zoll, Alexander Klimenko, dem vorgeworfen wird, dem Staat einen Schaden in Höhe von etwa 3,5 Mrd. Dollar verursacht zu haben. Alle Räume wurden durchsucht, der Zugang zu den Büros wurde für alle Mitarbeiter der Medienholding gesperrt.

Wie die Chefredakteurin von „Vesti Ukraine“, Oxana Omeltschenko, berichtete, wurde an diesem Tag gerade der zweite Teil einer Recherche über die Anti-Korruptions-Agentur und ihre „Freunde“ vorbereitet.

„Wir wenden uns an die Journalistenkollegen und die gesamte Mediengemeinschaft sowie an Menschenrechtler mit der Bitte um maximale Öffentlichkeit bei der Beleuchtung dieses präzedenzlosen Gewaltaktes gegen die Meinungsfreiheit in der Ukraine“, so Omeltschenko. Ein weiteres wichtiges Detail dieses Zwischenfalls ist die Tatsache, dass der bekannte ukrainische Journalist und heutige Leiter des oppositionellen Portals „Strana.ua“, Igor Guschwa, bis zum Sommer 2015 der Chefredakteur der Holding war.

Guschwa, gegen den im vergangenen Jahr fünf Strafverfahren eingeleitet wurden, flüchtete nach Österreich, wo er um politisches Asyl bat. Bislang wurde ihm eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Nach Angaben der ukrainischen Behörden soll er Geld von einem Abgeordneten der Radikalen-Partei erpresst haben, um einen kompromittierenden Artikel von der Veröffentlichung fernzuhalten. In der Redaktion von „Strana.ua“ hatte es ähnliche Durchsuchungen wie später in der Redaktion von „Vesti Ukraine“ gegeben.

Nach Quellenangaben soll während des gegenwärtigen Österreich-Besuchs des ukrainischen

Präsidenten Petro Poroschenko die Auslieferung von Guschwa erörtert werden. Dem Journalisten zufolge wird Österreich über diplomatische Kanäle stark unter Druck gesetzt. Die Situation um „Vesti“ und „Strana.ua“ erregte nicht nur unter Journalisten, sondern auch unter Juristen und Politologen große Aufmerksamkeit. Nach Angaben der Kommersant-Korrespondentin in der Ukraine, Janina Sokolowskaja, begehen die ukrainischen Behörden mit ihrem Vorgehen in der Medienwelt kurz vor den Wahlen Selbstmord. Dass der Präsident jetzt in Österreich sei, verschlimmere nur die Situation.

Dem Politologen Wladimir Makarowski zufolge ereilt einige Medien in der Ukraine dasselbe Schicksal wie dem TV-Sender ZIK, der massiv unter Druck gesetzt wurde, nachdem ein ehemaliger Leiter der Präsidentialverwaltung des gestürzten Viktor Janukowitsch dort zu Wort kam. Ähnlich ergeht es dem Kiewer TV-Sender 112.ua wegen des Auftritts der ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen, Jelena Bondarenko.

Wie der Journalist Konstantin Keworkjan aus Charkow sagte, waren die ukrainischen Medien in den vergangenen Jahren keine Informationsquelle, sondern ein Propaganda-Instrument. Unter diesen Bedingungen verlieren sie massiv an Bedeutung, Journalisten können ungestraft beleidigt, geschlagen und sogar ermordet werden (wie Oles Busina bzw. Pawel Scheremet). Redaktionen werden angegriffen und in Brand gesetzt.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **14 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen. Es wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet: Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden etwa 248 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Im Verlauf der Woche wurden die Gebiete von **Nishneje Losowoje, Kalinowka, Logwinowo, Wergulewka, Komissarowka, Kalinowo und Krasnyj Liman** von den ukrainischen Truppen beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Majstrenko, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Drapatyj.

In der Folge der Beschüsse von Wergulewka und Komissarowka wurden fünf Häuser und Wirtschaftsgebäude beschädigt. Außerdem wurde eine Stromleitung beschädigt, wodurch 40 Verbraucher keine Stromversorgung hatten.

Die Hauptmenge der ukrainischen Technik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befinden, kommt regelmäßig in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE-Mission als bei Kontrolle über abgezogene Waffen an den Lagerorten fehlend zum Ausdruck.

So wurde in dieser Woche das Fehlen folgender Waffen der ukrainischen Streitkräfte an den benannten Lagerplätzen registriert: 8 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 21 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“; 5 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwodika“; 16 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; 30 T-64- und T-72-Panzer; 8 82mm-Mörser.

Im Zusammenhang mit der katastrophalen niedrigen Personalausstattung der ukrainischen Streitkräfte greift das ukrainische Kommando weiter zur Hilfe von nationalistischen Banden und setzt alle Kräfte ein, um die Entlassung von Soldaten, die in der „ATO“-Zone Dienst tun, zu verhindern.

Das einfache und das Offizierspersonal der ukrainischen Streitkräfte hat nicht den Wunsch, ihre Verträge zu verlängern. In diesem Zusammenhang ist ein Absinken der militärischen Disziplin, der Ausführung von Befehlen und eine Vergrößerung der Zahl der Desertionen von ukrainischen Soldaten zu bemerken.

In der letzten Woche haben in der „ATO“-Zone mehr als 20 Soldaten aus der 58. und der 80.

Brigade der ukrainischen Streitkräfte ihren Dienstort eigenmächtig verlassen. In der letzten Woche hat eine Kommission der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ die Raketenartilleriewaffenlager der Verbände und Truppenteile kontrolliert. Während der Kontrolle wurden massenhafte Unterschlagungen von Waffen und Munition, zahlreiche Verletzungen der Lagerungsregeln für Raketenartilleriewaffen sowie eine vollständige Unkenntnis ihrer Dienstpflichten bei den für die Organisation der Lagerung zuständigen Personen festgestellt.

In der Folge von Verheimlichung von Diebstählen hat die Militärstaatsanwaltschaft fünf Strafverfahren eingeleitet.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte betrügt weiter die Bürger des eigenen Landes und verheimlicht seine Verluste in der „ATO“-Zone

Nach Angaben der Verteidigungsministeriums der Ukraine betrogen die **Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der letzten Woche in der „ATO“-Zone einen Toten und 13 Verletzte**. Aber uns ist zuverlässig von **10 Toten und 27 Verletzten** bei erfolglosen Provokationen an der Kontaktlinie bekannt.

Außerdem gibt es in der 10. Gebirgsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte auch nicht kampfbedingte Verluste von drei Toten und sieben Verletzten.

de.sputniknews.com: Ostsee-Kooperation: EU, Moskau und Berlin unterzeichnen millionenschweres Abkommen

Die EU-Kommission, die Russische Föderation und Deutschland haben laut einer offiziellen Mitteilung der EU-Vertretung in Russland ein finanzielles Abkommen über das Programm der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter dem Titel „Region der Ostsee“ unterzeichnet. Die EU-Kommission und Moskau würden demnach jeweils 4,4 Millionen Euro in die Finanzierung von Projekten in Russland investieren, was die Kooperation in der baltischen Region festigen und helfen soll, „gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen“ zu finden.

Zuvor seien vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 263,8 Millionen Euro für das Programm zugeteilt worden. Acht EU-Staaten (Dänemark, Deutschland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland, Schweden und Estland), Russland und Norwegen kooperieren im Rahmen des Programms, damit die Ostsee-Region innovationsreicher, zugänglicher und stabiler werde. „Dies (das Abkommen – Anm. d. Red.) beweist, dass die EU und Russland auch in diesen nicht einfachen Zeiten in der Lage und bereit sind, in den Bereichen zusammenzuarbeiten, wo ihre Interessen gemeinsame sind“, sagte dazu EU-Botschafter in Russland Markus Ederer.

Av-zakharchenko.su: Am Freitag, den 9. Februar, hat der Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko ein Arbeitstreffen mit dem Landwirtschaftsminister der DVR Wladimir Antonow und dem Direktor der Abteilung für Regulierung, Koordination und Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors des Ministeriums Eduard Jerschow durchgeführt.

Der Minister berichtete über den Zustand der Winterkulturen, die im letzten Jahr gesät wurden, und sprach über die Perspektiven der Aussaatkampagne 2018. Nach den Worten Antonows sind die Wetterbedingungen für eine erfolgreiche Überwinterung der Winterkulturen günstig.

„Im Herbst wurden auf dem Territorium der DVR auf 98.000 Hektar Winterkulturen ausgesät. Das ist um 4500 Hektar mehr als 2016. Die Wetterbedingungen sind günstig für die Überwinterung der Wintergetreidekulturen. Die Kulturen sind in einem guten Zustand“, berichtete Antonow.

Der Minister dankte dem Staatsoberhaupt im Namen der Landwirte für die Realisierung des Programms einer Aufschiebung der Zahlung für Treibstoff.

„Alle an diesem Programm Beteiligten haben sich bedankt und bitten um die Verlängerung

dieser Praxis im Jahr 2018“, sagte Antonow.

Alexandr Sachartschenko stimmte der Verlängerung zu. Außerdem versprach das Oberhaupt der DVR eine Reihe positiver Änderungen bei der Steuerhebung und der Steuererklärungen der Landwirte.

„Zu dieser Frage wird ein Runder Tisch stattfinden, weil es unsere Aufgabe ist, nicht nur die Landwirte zu unterstützen, sondern auch die Interessen des Staates zu berücksichtigen“, unterstrich Alexandr Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt stellte dem Landwirtschaftsminister neue Aufgaben. Bezüglich der kommenden Aussaatkampagne merkte Wladimir Antonow an, dass die Republik zu dieser bereit ist.

„Im Jahr 2018 beträgt die geplante Aussaatfläche 121.000 Hektar. Zum Stand am 8. Februar beträgt die Versorgung mit Saatgut 70%. Die Arbeit zur Versorgung der Unternehmen mit Saatgut zu 100% läuft. In der Republik gibt es 7000 Tonnen Dünger, das sind 2000 Tonnen mehr als im letzten Jahr. Bis Ende März werden wir den Düngerbedarf vollständig gedeckt haben. Außerdem werden mehr als 1700 Stück Technik auf die Felder kommen, darunter auch staatliche Technik. Man kann sagen, dass wir heute, am 9. Februar, praktisch zur Aussaatkampagne bereit sind“, sagte der Minister.

Das Oberhaupt der DVR fasste die Ergebnisse der Besprechung zusammen.

„Mir ist der Umfang an Arbeit sehr gut bekannt, den Sie geleistet haben. Wenn man das Jahr 2018 mit dem Jahr 2014 vergleicht, kann man mit Überzeugung sagen, dass die Lebensmittelsicherheit auf einem hohen Niveau ist. Wir sind in der Lage, die Bevölkerung mit eigenen Lebensmitteln zu ernähren. Dies ist der Verdienst des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirte, die an den staatlichen Programmen beteiligt sind. Dennoch meine ich, dass es noch sehr viel Arbeit gibt. Die Aufgabe ist eine – es so zu schaffen, dass in unseren Geschäften unsere Erzeugnisse verkauft werden und das zu niedrigen Preisen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Ukrinform.ua: Premierminister: Ukraine zahlt jährlich 130 Mrd. UAH Schulden zurück
Die Ukraine habe zwischen 2007 und 2014 46 Milliarden US-Dollar Kredite aufgenommen und nun zahle sie jährlich 130 Milliarden Hrywnja (UAH) (etwa 4,8 Mrd. USD) zurück, erklärte während der heutigen Stunde der Fragen an die Regierung im Parlament der ukrainische Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. Zur gleichen Zeit forderte er die Parlamentsabgeordneten auf, ein vorbereitetes Paket aus 35 Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Investitionsattraktivität der Ukraine anzunehmen. Ihm zufolge werden die einschlägigen Entscheidungen ermöglichen, das Wirtschaftswachstum des Staates zu erhöhen.

de.sputniknews.com: WADA-Informant Rodtschenkow zeigt sein neues Gesicht – nach plastischer OP

Der ehemalige Leiter des Moskauer Anti-Doping-Labors Grigori Rodtschenkow, der als WADA-Informant bekannt ist, hat erstmals nach seiner Einreise in die USA ein Interview gewährt, das er dem US-Fernsehsender CBS gab. Die Sendung soll am Sonntag ausgestrahlt werden.

Laut früheren Berichten hatte Rodtschenkow eine plastische Operation an seinem Gesicht vornehmen lassen und zeigt nun erstmals sein verändertes Gesicht vor der TV-Kamera.

Auf Twitter ist ein Video veröffentlicht worden, das einen Mann namens Rodtschenkow beim Anlegen von Make-up zeigt.

Laut der Vorschau zu dem Fernsehinterview soll Rodtschenkow wiederholt gesagt haben, dass der russische Präsident Wladimir Putin ihn beseitigen wolle. Der WADA-Informant äußerte die Vermutung, dass man selbst in den USA versuchen könnte, ihn zu töten.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31763/05/317630563.jpg>

Abends:

Dan-news.info: Die **Republiken des Donbass** erarbeiten einen Plan zur Zusammenarbeit im Rahmen des Protokolls über eine **engere Zusammenarbeit der Länder im Bereich der Ökonomie**. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums für Industrie und Handel mit. „Um die früher existierenden industriellen Verbindungen unserer Behörden wieder aufzunehmen, wird ein Plan zur Zusammenarbeit der republikanischen Unternehmen erarbeitet, was es erlauben wird, den Absatzmarkt für Erzeugnisse, die auf dem Territorium unserer Staaten hergestellt werden, auszuweiten und die Rohstoffbasis auszuweiten“, zitiert der Pressedienst den Minister Alexej Granowskij.

Heute fand in Donezk eine Arbeitssitzung unter Teilnahme von Vertretern der Republiken des Donbass statt. Es ging um die Ausarbeitung eines Fahrplans für die Zusammenarbeit der Industrie- und Handelsunternehmen der DVR und der LVR. Lugansk wurde durch den Minister für Industrie und Handel Dmitrij Boshitsch und seinen Stellvertreter Dmitirj Papilin vertreten sowie durch die Leiterin der Abteilung für Analyse und Prognosen Wiktorija Radij. „Derzeit bereiten wir eine Liste von perspektivischen Projekten für die Unternehmen des industriellen Komplexes der DVR und der LVR vor und nach seiner Abstimmung mit den Donezker Kollegen werden wir den Fahrplan realisieren. Wir sind überzeugt, dass die Initiativen im Bereich der Produktion dabei helfen werden, den industriellen Status des gesamten Donbass wiederherzustellen“, sagte Boshitsch.

Zum Abschluss des Treffens ist beabsichtigt, ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich des Industrie und des Handels zu unterzeichnen.

de.sputniknews.com: Dem Westen werden die Sanktionen langweilig – Putin

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Hoffnung geäußert, dass dem Westen seine Politik der Sanktionen langweilig wird und die Beziehungen zu Russland sich normalisieren. „Ich denke, dass sie dies bald langweilen wird, diejenigen, die es tun. Ich hoffe jedoch, dass wir einen Weg normaler Beziehungen einschlagen werden“, sagte Putin bei einer Tagung des

Russischen Verbands der Industriellen und Unternehmer.

Der Präsident hat zugleich daran erinnert, dass Russland die Politik der künstlichen Beschränkungen in internationalen Geschäftsbeziehungen für eine Sackgasse halte, die für alle einen Gewinnausfall und direkten Schaden bedeute.

Putin zufolge teilen auch Unternehmer aus anderen Ländern diese Ansicht:

„Vor kurzem, Sie haben es gesehen, gab es ein Treffen mit Vertretern der großen französischen Unternehmen. Wir haben gerade mit dem französischen Präsidenten am Telefon darüber gesprochen. Wir sind im Allgemeinen positiv gestimmt, was wir zusammen nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit anderen Ländern bezüglich der Entwicklung von Geschäftsbeziehungen tun können“, so Putin weiter.

„Aber die Politik der Beschränkungen, wie Sie wissen, ist vor sehr langer Zeit eingeführt worden. Die Jackson-Vanik-Klausel wurde abgeschafft, und sofort am selben Tag wurde das sogenannte Magnitsky-Gesetz verabschiedet. Noch lange vor den Ereignissen in der Ukraine, auf der Krim, einfach weil sie auf diese Weise mit uns arbeiten wollen.“

Die Jackson-Vanik-Klausel, die Handelseinschränkungen für die Sowjetunion bzw. Russland vorsah, galt seit 1974. Am 21. November 2012 wurde sie durch das Magnitsky-Gesetz ersetzt. Ende Juli 2014 verhängten die USA, die EU und andere Länder Sanktionen gegen einzelne russische Amtspersonen und Unternehmen, die später erweitert wurden und nun ganze Sektoren der russischen Wirtschaft betreffen. Moskau reagierte

[ukrinform.ua: Memorandum zur Einführung der Telemedizin unterzeichnet](#)

Das Ministerium für regionale Entwicklung der Ukraine, das Gesundheitsministerium, die Weltbank und das kanadische Handelsministerium haben ein Memorandum über die Einführung der Telemedizin unterzeichnet. Das meldet das Portal „Dezentralisierung“.

„Die internationale Erfahrung der Partnerländer ist ein weiterer Schritt für eine moderne und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten. Sowohl die Weltbank als auch Kanada sind bereit, uns dabei zu helfen“, erklärte der erste Vizepremierminister und Minister für regionale Entwicklung, Bau und Kommunalwirtschaft, Gennadi Subko, nach der Unterzeichnungszeremonie. Zu den vorrangigen Aufgaben für die Zusammenarbeit gehören im Memorandum Organisation und Einsatz der Telemedizin, Erstellung der Anforderungen an Hard- und Software, Ausbildung von Hausärzten, betonte Subko. 30 Prozent der ukrainischen Bevölkerung, die in ländlichen Gebieten leben, brauchen eine gute medizinische Versorgung, betonte er.

[Av-zakharchenko.su: Am Freitag, den 9. Februar](#) antwortete das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko bei einer Pressekonferenz auf Fragen von Journalisten über die derzeitige Lage der Dinge im Land, er kommentierte die militärischen Situation an der Frontlinie, gab eine Reihe von Erklärungen bezüglich der Funktion der Mobilfunkverbindungen auf dem Territorium der Republik ab.

Der 8. Februar ist der Todestag von Michail Tolstych. Auf welchem Stand befinden sich die Ermittlungen?

Alle Personen, die am Mord beteiligt waren, sind ermittelt, einige sind festgenommen. Einzelheiten kann ich vor Abschluss der Angelegenheit nicht mitteilen, wir werden sie aber, so hoffe ich, dieses Jahr abschließen. Ich kann nur sagen, dass die Personen, die in der Angelegenheit des Mordes an Michail Tolstych festgenommen wurden, auch mit dem Mord an Arsen Pawlow in Verbindung stehen.

In den Massenmedien werden Informationen verbreitet, dass ein breit angelegter Angriff von Seiten der Ukraine möglich ist. Inwieweit ist das realistisch und wird die Armee der DVR schnell auf einen Angriff reagieren können?

Einen Angriff erwarten wir schon lange und von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde

mehrfach Aufklärung durch Kampf unternommen. Unsere Armee ist bereit, die anzunehmenden Richtung sind bekannt. Ja, die ukrainischen Truppenteile ziehen sich zusammen, gestern ist Personal mit Panzern durch Wolnowacha gezogen. Heute wurde in Slawjansk Technik abgeladen. Wir beobachten das und sind bereit, dem Feind entgegenzutreten.

Auf Ihre Anweisung hin wurde im letzten Jahr ein Stab zur Unterstützung der frontnahen Gebiete geschaffen. Wie bewerten Sie die Arbeit des Stabs und welche Aufgaben werden in diesem Jahr vor ihm stehen?

Die Aufgaben ändern sich nicht – Hilfe für die Menschen in der frontnahen Zone. Ich betrachte alle solche Projekte kritisch. Ich meine, dass es unerledigte Arbeiten gibt, aber im Ganzen läuft die Arbeit, Hilfe wird geleistet, alle Teile der Bevölkerung werden erfasst. Es sollte besser sein, aber es gibt objektive Ursachen. Darunter auch der Krieg.

In der Ukraine wurde ein Ausbruch von Masern festgestellt, der Fall einer Diphtherieerkrankung, nicht zu reden von Ausbrüchen von Tuberkulose und Hepatitis C. In der Republik wurden auch Fälle von Masern festgestellt, das heißt, der Virus wurde aus der Ukraine eingeschleppt. Gibt es an der Grenze der Republik eine epidemiologische Kontrolle und welche Maßnahmen unternimmt der Staat für die Sicherheit der Bürger?

Impfungen. Bei uns gibt es Impfungen – in der Ukraine gibt es keine Impfungen. Deshalb ist dort eine so hohe Erkrankungsrate. Bezüglich der Kontrolle an der Grenze... Wie stellen Sie sich das vor? Baracken aufbauen und alle für zwei Wochen Quarantäne dorthin zu bringen?

Das ist unmöglich. Aber das ist nicht schlimm. Wir haben noch aus sowjetischen Zeiten ausgearbeitete Mechanismen für den Kampf gegen Epidemien. Impfungen haben wir im vollen Umfang. Krankenhaus, Impfung, Arzt. Aber Baracken werden wir sicher nicht bauen.

Am 12. Februar ist der 3. Jahrestag der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen. Was meinen Sie, gibt es eine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen?

Wir werden den 3. Jahrestag von Minsk-2 nicht begehen – das ist für uns kein Feiertag. Minsk hat die Hoffnung und Erwartungen, die ihm entgegen gebracht wurden, nicht gerechtfertigt, aber derzeit ist es der einzige Ort, wo wir direkt mit der Ukraine verhandeln. In der Zukunft kann eine Alternative auftauchen, wir haben mehrfach verschiedene Wege der Lösung vorgeschlagen. Aber die Ukraine lehnt sie ab und solange ein solcher Wunsch nicht vorhanden ist, ist Minsk-2 alternativlos.

Ende Januar wurde von Ihnen und dem Oberhaupt der LVR ein Dokument über Zusammenarbeit unterzeichnet, darunter auch über die Schaffung eines einheitlichen Zollraums. Welche Perspektiven eröffnet das aus Ihrer Sicht für die DVR? Ist eine Zusammenarbeit mit der LVR auch in anderen Bereichen geplant – Bildung, Medizin, Kultur usw.?

Bezüglich der Zusammenarbeit mit der LVR, so arbeiten wir im Bereich der Medizin und der Bildung schon zusammen. Gemeinsam mit Leonid Pasetschnik habe ich eine Militärschule besucht und in jeder Klasse sind ein oder zwei Kursanten aus der LVR. In der medizinischen Universität studieren auch viele Lugansker Studenten. In Lugansk in der medizinischen Hochschulen studieren auch in einigen Fachrichtungen unsere jungen Leute.

Tatsächlich hat der Krieg alle Pläne behindert, die zu Beginn erarbeitet wurden. Es gibt eine Zeit zu kämpfen und es gibt eine Zeit zum Bauen. Um die Zollfrage zu lösen, ist in erster Linie eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung notwendig. Wir haben bereits eine Kommission gebildet und ein Memorandum unterzeichnet. Die Kommission erarbeitet Vorschläge für mich und Leonid Iwanowitsch, entsprechend denen dann eine Reihe von Gesetzen, Rechtsakten und Normativen gemeinsam erarbeitet werden. Dies wird dann der Standard für die Wirtschaft. Danach werden die Zollquoten, Zollgebühren usw. aufgehoben. Dies wird ein großer Impuls für die Entwicklung der Ökonomie des Donbass sein. Der Donbass ist ein gemeinsames Territorium und wir sind ein Volk.

Hat die Vorbereitung begonnen, um das Unternehmen „Vodafone“ unter äußere Leitung zu

stellen?

Natürlich kann aus dieser Gesellschaft ein staatliches Unternehmen gemacht werden. Aber woher sollen die Spezialisten kommen? Woher nehmen wir die Ausrüstung? All diese Mobilfunkgesellschaften sind unterschiedlich. Die Funktürme unter Kontrolle nehmen? Das ist einfach nutzloses Metall. Und ein weiteres Moment. Nicht wir haben die Verbindung abgeschaltet. Wenn wir die Verbindung abgeschaltet hätten, wären wir darauf vorbereitet gewesen, aber für uns war das genauso unerwartet wie für alle Einwohner der DVR. Hauptaufgabe für das Kommunikationsministerium ist heute, in kürzester Frist eine qualitativ hochwertige Mobilfunkverbindung des Operators „Phönix“ zu organisieren. Und dafür wird sehr viel getan. Wenn zuvor 2-3 Funktürme im Monat installiert wurden, so sind jetzt innerhalb von zwei Wochen jeden Tag zwei Funktürme aufgebaut worden. Das Ministerium hat anderthalb Monate dafür erbeten, um eine qualitativ hochwertige Verbindung auf dem gesamten Territorium der DVR zu gewährleisten.

Es gibt Probleme. Weil wir auf die Abschaltung von Vodafone nicht vorbereitet waren, haben wir mit planmäßigen Verkäufen von Startpaketen unter Berücksichtigung der mittleren monatlichen Nachfrage gerechnet. Im Durchschnitt 5000 Karten im Monat. Jetzt werden bei uns 18.000 bis 20.000 Karten täglich verkauft. Die Aufregung wird nach den Prognosen innerhalb von 2 Wochen nachlassen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Verbindung sich um etwa 80% normalisieren. Und in anderthalb Monaten könnten wir diese Verbindung gewährleisten, die es vor der Abschaltung des ukrainischen Operators gab. Jetzt laufen Verhandlungen mit der RF, damit sie uns Roaming-Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Außerdem hat diese Abschaltung es uns erlaubt, Vodafone zu sagen, dass wir ihnen nicht kostenlos Strom liefern werden. Auch Steuern müssen unter anderem gezahlt werden. Ja, wir haben Vodafone bis zum letzten Moment kostenlos mit Strom versorgt, damit die Verbindung bestehen bleibt. Das Geld ist auf das Territorium der Ukraine gegangen, aber die Ukraine ist ein Feind.

Ich will mich auch an die Bevölkerung wenden. Phönix existiert nicht erst seit einem Jahr und es war klar, dass dies früher oder später passieren wird. Es wäre nötig gewesen, schrittweise Karten zu kaufen. Dann gäbe es nicht eine solche Aufregung.

Im Dezember des vergangenen Jahres haben Sie die Leiter der Städte und Bezirke der DVR angewiesen, eine Inventarisierung der Schutzräume vorzunehmen und sie für den Fall von Beschüssen mit allem Notwendigen auszustatten. Wie wird diese Anweisung ausgeführt? IN welchen Zustand befinden sich jetzt die Schutzräume?

In verschiedenem Zustand. An dem einen Ort verhielt man sich gegenüber dieser Frage verantwortungsvoll und tat alles Notwendige in kürzester Frist. An dem anderen Ort erledigt man dies schlampig. An noch einem anderen Ort wurde nichts getan. Aber das ist alles unter meiner Kontrolle. Dreimal im Monat ist eine Sonderkommission tätig, die die Schutzräume überprüft. Im ganzen sind wir zu etwa 60% bereit. Die meisten Probleme sind in den Städten im Hinterland, die nachgelassen haben, wissen, dass nicht geschossen wird und wohl auch nicht geschossen werden wird. Aber wir werden das unterbinden.

Am 17. Februar ist der Jahrestag der Ausrufung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass. Über welche Ergebnisse kann man heute sprechen? Wie weit wurde das umgesetzt, dass Sie vor einem Jahr geplant haben?

Wir sind ein Volk und das ist unser Land. Für mich sind sowohl Slawjansk als auch Donezk und Krasnoarmejsk und Wolnowacha Territorium des Donbass. Der Krieg hat uns künstlich geteilt, aber tatsächlich sind wir zusammen. Das war auch der Sinn des humanitären Programms – unseren Landleuten zu zeigen, dass wir vereint sind, und zum zweiten, der ganzen Welt zu zeigen, dass wir die Trennlinie nicht als Grenze auffassen. Und das ist uns gelungen. Die erfolgreiche Realisierung des humanitären Programms zeigt, dass auf jenem Territorium genau solche Menschen leben wie wir, dass man dort auch den Feind hasst und davon träumt, dass der Feind von unserem Land verschwindet. Wir müssen zusammen sein

und humanitäre Programm hat uns erlaubt, das zu tun. Das Programm ist nicht beendet und wird fortgesetzt werden.